Korrespondenzen.

No. 23 Ihrer geschätzten Zeitschrift vom 6. Juni d. J. bringt unter: „Standesangelegenheiten“ „Aerztliches aus den Parlamenten“ auf Seite 932 eine Besprechung der hiesigen Hebammenverhältnisse nach einer Rede des Zentrumsabgeordneten, Amtsgerichtsrat Dr. Belzer, welche nicht ohne Entgegnung bleiben darf.

Ich habe in No. 44a des Jahrgangs 1905 der Berliner klinischen Wochenschrift eine kleine Arbeit über die **Hebammenverhältnisse Hohenzollerns** veröffentlicht. Ich habe darin dargelegt, daß sie sehr eigenartig sind; daß sie aber im großen und ganzen den besonderen Bedürfnissen unseres kleinen, abgezweigten Stückes Preußen entsprechen. Wir wünschen daher gar nicht, daß ein neues Hebammen-gesetz auf Hohenzollern Anwendung finde. Gerade hinsichtlich der Ausbildung der Hebammen heißt es in der erwähnten kleinen Schrift: „Seit 1865 werden sie mit Genehmigung des Herrn Ministers in Stuttgart in der Landeshebammenschule ausgebildet; auch wurde erlaubt, daß sie für die Praxis auf hohenzollernschem Gebiete sich nicht einer neuen Prüfung zu unterziehen hätten. Seit 1882 werden die Hebammenschülerinnen aus den Gemeinden der früher fürstlich-fürstenbergischen Standesherrschaft in der badischen Lehranstalt in Donaueschingen unterrichtet. In preußischen Anstalten sind nur ganz vereinzelte ausgebildet. Es hat sich herausgestellt, daß die Schülerinnen, welche ihre Heimat sehr oft nie zuvor verlassen hatten, dem Unterrichte eines nicht süddeutsch, nicht schwäbisch sprechenden Lehrers sehr schwer zu folgen vermögen, besonders solange ihnen alle Unterrichtsgegenstände vollständig neu sind.“ Als es sich nun um die Einrichtung von Nachhilfelehrgängen handelte, wurde jahrelang mit dem Württembergischen Ministerium in Stuttgart wegen Zulassung der Hohenzollernschen Hebammen auch zu diesem Zwecke zur Landeshebammenanstalt verhandelt. Erst nach wiederholt erfolgter Ablehnung und nachdem auch die Donaueschinger Schule die Einrichtung von Nachhilfekursen verweigert hatte, wurden Verhandlungen mit dem Herrn Landesdirektor der Rheinprovinz gepflogen, die das erwünschte Ergebnis hatten. Ich glaube daher, der Vorwurf bürokratischen Verfahrens kann uns nicht treffen. Der Herr Abgeordnete hat sich vielmehr in diesem Punkte wie auch sonst ungenügend orientiert gezeigt, indem er unzufriedenen Landbewohnern ein nur allzuwilliges Ohr lieh. Die Dialektverhältnisse verursachen bei den Nachhilfelehrgängen gewiß noch Schwierigkeiten; sie sind aber nicht unüberwindlich. Daß die Hebammen die Kurse ohne Erfolg besucht hätten, ist eine unrichtige Behauptung. Die beamteten und

¹⁾ Das Ergebnis der Konferenz entspricht vollkommen der Prognose, die wir ihr in unseren Bemerkungen auf S. 1016 gestellt haben. J. S.

sonstige Aerzte, auch „einheimische“, sind vielmehr mit den Ergebnissen durchaus zufrieden.

Reg.- und Geh. Med.-Rat Dr. Schwass (Sigmaringen).

Berlin, den 28. Juni 1907.

Sehr geehrter Herr Kollege!

In Ihrem Artikel „Zur Poliklinikenfrage“ (No. 26 dieser Wochenschrift) erwähnen Sie am Schlusse das Beispiel der Universitäts-poliklinik für Hals- und Nasenranke und empfehlen deren Vorgehen zur Nachahmung. Gestatten Sie auch einer andern Auffassung, hier zu Worte zu kommen. Ich verkenne nicht den Fortschritt, der in dem Anschlag gelegen ist, wenn darin ausdrücklich die freie Behandlung den Unbemittelten vorbehalten wird. Ich halte jedoch den weiteren Zusatz, daß für „Barauslagen“ in Gestalt von Medikamenten etc. ein wöchentlicher Beitrag von 25 Pf. entrichtet werden soll, für nicht glücklich und nicht nachahmenswert. Was soll mit diesem Zusatz erreicht werden? Eine Entlastung der Staatskasse wohl kaum, oder sie wäre nicht bedeutend genug, um deshalb und in dieser Form die Wohltat der freien Behandlung zu verkümmern. Oder sollen durch den Beitrag solche Besucher abgehalten werden, die unnötigerweise die Polikliniken aufsuchen? Da kommt es ganz auf die Stärke des psychologischen Moments an, das die betreffenden Patienten immer wieder hinführt. Ich vermute, sie werden sich's zu allermeist auch gern 25 Pf. kosten lassen.

So bleibt nur — und das war wohl der Grund für die Direktion — die Annahme, daß mit der fraglichen Maßregel in den Patienten das Gefühl rege gehalten werden soll, daß sie für die ihnen erwiesene Wohltat auch eine kleine Gegenleistung zu machen haben.

Ich fürchte, die Patienten werden zu einem andern Schlusse kommen: „Die ärztliche Behandlung macht dem Arzt (und so sagen ja auch Privatpatienten heute schon oft genug) keine Kosten, darum kann sie ja leicht gratis gewährt werden; die Medizin und die Apparate freilich — dafür hat er Auslagen, darum müssen wir dafür auch etwas bezahlen“. Ich fürchte aber auch, es wird sich in den Köpfen des poliklinischen Publikums allmählich der Gedanke festsetzen, daß sie mit ihren 25 Pf. die Poliklinik unterhalten, so etwa wie einen Sanitätsverein, und daß sie deshalb auch die Behandlung zu fordern haben. Ein solcher Schluß wäre bedauerlich im Interesse des Ansehens der Polikliniken — sie sollen die Wohltäter uneingeschränkt scheinen — und wahrscheinlich auch im Interesse der Disziplin.

Und noch eins: Was in den Universitätspolikliniken geübt wird, kann jede Privatpoliklinik nachahmen. Lassen diese sich von jedem Patienten wöchentlich 25 Pf. oder — im Prinzip ist das gleich — 1 M. geben, so ist die Eröffnung von Polikliniken noch leichter, und es wird bald noch viel mehr Polikliniken geben. Und andererseits wird auch das Publikum versucht werden, sich solche Polikliniken (man kann ja einen vornehmeren Namen dafür wählen) selbst einzurichten; Aerzte wird es schon dazu finden.

Also weg mit dem Bettelbeitrag der Bettler und solcher, die es scheinen wollen! Die Besucher der Universitätspolikliniken haben nur eine Gegenleistung zu gewähren, sich zu Unterrichtszwecken zur Verfügung zu stellen. Und, Herr Kollege, das ist wahrlich genug!

Ich würde nicht soviel über die Sache geschrieben haben; aber da es sich um eine erstmalige und von Ihnen empfohlene Einrichtung handelt, so glaubte ich, meinen Protest ausreichend begründen zu müssen.

Darüber, daß der erste Teil des Anschlags unsere Anerkennung und unsern Dank verdient, bin ich mit Ihnen gleicher Meinung.¹⁾

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Hans Kohn.